

Zur Beitragserhöhung.

Wie mit Schillers »Mädchen aus der Fremde« ergeht es unserer Organisation mit der Beitragserhöhung. Kaum, dass die Generalversammlung in Sicht kommt, über diese und auf ihr selbst zu treffende Massnahmen sich die Debatte eröffnet, ist auch mit Sicherheit darauf zu rechnen, dass sich die Beitragserhöhung zur Besprechung und Berücksichtigung empfehlend, vorstellt. Keiner weiss es, von wannen sie kommt, doch wohin sie führt, sieht jeder Einsichtige. Zu Aufregungen, Differenzen in den Mitgliederkreisen und zum — Mehrzählen. War es in früheren Jahren durch den weiteren Ausbau des Unterstützungswesens, Einführung der Arbeitslosenunterstützung, Umzugskosten etc. etc. berechtigt das Einnahmesoll der Organisation zu erhöhen, so dürfte eine zur Zeit in Betracht gezogene Erhöhung des Beitragssatzes auf den berechtigtesten Widerstand stossen. Es soll ganz und gar nicht der Wert eines reichlich bemessenen Kassenbestandes in verschiedener Hinsicht in Frage gestellt werden. Aber es kann anderen Falls doch auch nicht bestritten werden, dass sich mit dem jetzigen Bestand auch den zur Zeit bestehenden Verpflichtungen genügen lässt. Vornehmlich ausschlaggebend sich gegen eine zeitliche Beitragserhöhung im Verein erklären zu müssen, ist die dringend notwendig werdende bessere Fundierung des Bundes in seiner Unterstützungs- wie Invalidenkasse. Es ist weiter in Betracht zu ziehen, dass wohl fast sämtliche Vereinsmitglieder durch die neue Krankenkassenrolle allorts ab Januar mit einer höheren Beitragsleistung in die gesetzlichen Krankenkassen herangezogen werden. Was den Senefelder-Bund anbelangt, so wird die Beitragserhöhung geradezu zu einer Lebensfrage für denselben, die absolut nicht umgangen werden kann und darf. Hier wäre die Notwendigkeit für dessen Verbesserung besorgt zu sein, auch unter anderen Verhältnissen, wo sich die Verwaltungsausgaben vermehrt hätten, eingetreten. Wir können uns deshalb absolut nicht gleichgültig oder ablehnend dieser, die grosse Masse der Mitglieder betreffende Frage gegenüberstellen. Zu allem diesem kommt aber auch noch der Umstand, dass die wirtschaftliche Lage der Kollegenschaft durchaus keine derartige materielle Besserung ersehen lässt, um einen Erfolg für den Verein in agitatorischer Beziehung durch eine Beitragserhöhung ersehen zu lassen. Im Familienhaushalt muss fortwährend mit neuen oder sich steigenden Ausgaben gerechnet werden! Jede intensivere Unterstützung anderer auf die Solidarität reflektierende Bewegungen, dringende kulturelle Ideen, zu deren Bethätigung und Pflege auch wiederum Geldmittel notwendig werden, müssen mehr wie es gut ist, stiefmütterlich behandelt werden. Es wird einem als ein Mangel solidarischen Empfindens verdacht, wenn man sich gegen eine Erhöhung im Verein auslässt. Es darf aber doch nicht unberücksichtigt bleiben, dass die sich allerwärts einstellenden Mehrausgaben von 5—10—20 etc. Pf. in ihrer Gesamtheit für den Einzelnen pro Woche unheimlich summieren. Es muss in dieser Beziehung doch auch einmal eine Grenze geben und ich glaube, dass für die grosse Anzahl der Vereinsmitglieder zur Zeit dieselbe im gegebenen Beitragssatz gegeben ist. Wohl wird von eifrigen Befürwortern einer Erhöhung auf den Zuwachs an Mitgliedern unterm jetzigen Beitragssatz hingewiesen. Diese Thatsache hat aber doch nicht etwa darin ihre Begründung, dass früher des niedrigeren Beitrages halber so viele dem Verein fern blieben. Noch verfehlter wäre wohl der Schluss, bei einer weiteren Erhöhung auch noch eine gleichzeitige Zunahme des Mitgliederstandes erwarten zu dürfen. Ich erachte diesen Schluss als verfehlt. Es darf eben den noch Fernstehenden nicht die Möglichkeit genommen werden, sich anzuschliessen; es darf den jetzt dem Verein Angehörigen in der Masse nicht zu schwer gemacht werden, stets ihren Verpflichtungen in punkto Beitragszahlung willig zu entsprechen und nachkommen zu können. Es ist eben doch nicht alles Heil nur von der Gewerkschaftsbewegung zu erwarten. Es erfordert die politische Bethätigung grössere Anteilnahme des Einzelnen in materieller Hinsicht. Es erschliessen sich immer mehr Gebiete des geistigen Lebens, in Bezug auf Fortbildung des Wissens, was wiederum nur erhöhte Ansprüche an den Geldbeutel des Einzelnen stellt. Diese und viele andere Gründe noch erscheinen mir dringend zur Zeit eine Beitragserhöhung voll und ganz abzulehnen.

Dixi.

Gewerkschaftliches.

Der Stand des wirtschaftlichen Kampfes.

Ehrend müssen wir auch heute der wackeren Kämpfer in Crimmitschau gedenken. Noch immer hat Niedertracht und Gesetzlosigkeit sie nicht untergekriegt. Wenn wir einmal allgemein für den Zehnstundentag kämpfen: Jetzt wissen wir, wieviel Mut und Opferwilligkeit dazu gehört. Auch die Töpler sind noch nicht bezwungen. Die irreche Zumutung, zum Verräter zu werden, wurde fast überall energisch zurückgewiesen. Die Zeiten sind sehr ernst. Die Arbeitgeber der Schneider ründeten einen Streikfonds. Was das heisst, leicht zu erraten. Alles rüstet zu neuen schweren

Kämpfen. Ein Blick auf den wirtschaftlichen Kampfplatz lehrt uns mehr, als tausend Bücher, Reden und Zeitungen. Im allgemeinen erfahren ja die Arbeiter wenig von den Kämpfen ausserhalb ihres Berufes. Erschreckt aber blicken sie unwillkürlich auf, wenn ihnen die Unmasse der Kämpfe, die die Arbeiter aller Berufe fortwährend durchzuringen haben, kurz vor Augen führt. Mancher Indifferente mag so schon beschämt in sich gegangen und zum klassenbewussten Mitkämpfer geworden sein, wenn er von diesen Kämpfen gelesen. Diesem Zwecke soll ja in der Hauptsache diese wöchentliche Aufstellung der Arbeiter mit dienen. Es ist zu ein grosses Mass von stolzem Solidaritätsgefühl, das ihnen aus all dem entgegenleuchtet.

Vor allem fällt in die Augen die geradezu bewundernswürdige Anteilnahme sämtlicher organisierter Arbeiter an den brutalen Machthabern und Gewaltpolitikern drangsalierten Crimmitschauer Textilarbeitern. Ueberall wird gesammelt, werden Veranstaltungen zu Gunsten der Bedrängten getroffen. Die Gewerkschaften wetteifern förmlich darin, möglichst viel Munition aufzubringen. Extrabeiträge werden in vielen Gewerkschaften erhoben, regelmässige Sammlungen veranstaltet u. s. w. Die S. mach, die man den Arbeitern in Crimmitschau anreihet, wird von allen denkenden Proletariern empfunden und jeder fühlt sich stolz in der Rolle des Rächers und — Siegers. Ha, wie das wohlthut.

Von sonstigen Kämpfen der Woche sind die folgenden von wesentlichem Interesse. In Schlierbach kämpfen die Steingutarbeiter jetzt auch noch gegen die — Revolver der Streikbrecher. Diese Patrone schiessen frech auf ehrliche Leute. Und der Staat, der Polizist, der Staatsanwalt etc. lassen diesen Elementen höchsten Schutz angedeihen und alles zeter über den »Terrorismus« der — ehrlichen organisierten Arbeiter! Alles ist auf den Kopf gestellt.

Das mussten auch die staatlichen Arbeiter in Hamburg einsehen, die auf ihre Petition um Lohn-erhöhung die lakonische Antwort erhielten: Die staatlichen Arbeiter in Hamburg haben die »höchsten Löhne in ganz Deutschland! Das wussten die ärmsten bisher selbst nicht und sind jetzt natürlich für die Belehrung äusserst dankbar . . .

Angriffe auf die Organisation sind jetzt alle Augenblicke die Ursache zu Abwehrstreiks. Auch in Crossen wurden 65 Metallarbeiter deshalb in den Streik getrieben, weil der Arbeitgeber den Verband durch Massregelungen etc. »vernichten« wollte. — In der Königin-Marienhütte in Kainzdorf b. Zwickau mutete man den Arbeitern ein verböhrtes Knappschaftsstatut zu. Was allen »Agitatoren« nicht gelang, gelang hier der Direktion. Die Hüttenarbeiter rüttelten sich auf, kamen in Bewegung, schlossen sich (1000 Mann!) der Organisation (Bergarbeiter-Verband) an und hielten Riesen-Protessversammlungen ab. So arbeitet blinder Eifer für uns.

Die miserabel entlohnten Droschkenkutscher Berlins müssen voraussichtlich bei einem Tage-lohn von 1,50 Mk. wegen 50 Pf. Zulage erst streiken. Im Schneidergewerbe dürfte es ebenfalls bald zu ersten Konflikten kommen. In Weimar ist es bereits wegen des »Arbeitsvertrags«, den man den Gesellen aufhalsen wollte, zum Streik gekommen. Jena wird folgen. Die Gesellen sollen mir nichts dir nichts entrecht werden.

Im Herzogtum Braunschweig hat sich ein Trustverband der Lithographie- und Steindruckereibitzer gebildet. Die Gipsarbeiter des südlichen Harzes mögen auf der Hut sein, dort haben sich die Arbeitgeber zu einem festen Verband zusammengefunden. Wenns doch auch die Arbeiter alle befreunden möchten.

Die Buchbinder in Gelsenkirchen errangen in Güte den 9-Stundentag. In Breslau einige Zustände: Mindestlohn von 14 resp. 17—18 Mk., 10stündige Arbeitszeit, 25 Proz. Zuschlag für Ueberstunden. Dieser Tarif hat 3 Jahre Gültigkeit. Die Maurer in Krefeld mussten wegen 45 resp. 47 Pf. Stundenlohn erst 15 Wochen lang streiken. Dass sie gerade jetzt, mitten im Winter (saisonlose Zeit) ihre Forderungen bewilligt erhielten, legt ein schönes Zeugnis ab für ihre feste Organisation. Weil sie nicht so gut organisiert waren, mussten sich dagegen in Amerika b. Lunzenau i. Sa. die Spinner eine Verkürzung der Arbeitszeit mit erheblichen Lohnabzügen gefallen lassen. In Hamburg wieder mussten 15 Erdarbeiter wegen unberechtigter Lohnabzüge zum letzten Mittel, zum Streik greifen. — Die Schriftgiesser in Leipzig beschlossen, aufs neue mit den Prinzipalen in Verhandlungen zu treten. — In Danzig haben die Metallarbeiter gegen die Phrase des Marine-Oberbaurats Hüllmann in Kiel, dass sie mit Kartoffeln und Hering zufrieden (!) seien, öffentlich protestiert. Gleichzeitig mussten die, die in staatlichen Betrieben beschäftigt sind, gegen die unerhörte Ausbeutungssucht ihrer Arbeitgeber protestieren. — So predigt alles, alles die dringende Notwendigkeit der Organisation.

Soziales.

Nürnberg. Gewerbegericht. Vorsitzender: Herr Ratsassessor Häublein, Beisitzer die Herren Restaurateur Kracker und Brauer Mederer. — Ein treuer Kunde des Gewerbegerichts ist der Kunststaltsbesitzer Staebler. Heute zieren wieder 2 Klagen

gegen ihn die Tagesordnung. Der Buchbinder Hoffelder war bei dem Beklagten als Buchbinder vorläufig zur Probe eingestellt. H. war länger beschäftigt und eines schönen Tages legte ihm St. einen Vertrag, der Kündigung ausschliesst, zur Unterschrift vor. H. hat diesen Vertrag nicht unterschrieben, weshalb er von St. entlassen wurde. Er verlangt nun als Busse für den Kontraktbruch 17,40 Mk., die ihm durch Versäumnisurteil zugesprochen wurden. Herr St. war nicht erschienen, obwohl er in der letzten Sitzung versprochen hat, den Beweis zu erbringen, dass er berechtigt war, den Kläger zu entlassen. — Die Steindrucker Franz klagt ebenfalls gegen Herrn Stäbler auf Zahlung von 48 Mk. wegen widerrechtlicher Entlassung. St. hatte mit F. Differenzen wegen eines Geschäftsganges. St. sagte zu dem Kläger: Wenn Sie das Maul nicht halten, schlage ich Ihnen eine »rein« — ich schmeisse Sie hinaus. Hierauf kam der Buchhalter und brachte dem Kläger die Invalidenkarte und das Geld. Als Kläger gehen wollte, kam der Buchhalter und suchte ihn zu überreden, wieder zu bleiben. Kläger wäre bereit gewesen, trotz der unanständigen Behandlung wieder zu bleiben, da kam Herr St. und forderte ihn auf, sofort das Geschäft zu verlassen. F. betrachtete sich als entlassen und stellte Klage; ihm werden gleichfalls durch Versäumnisurteil die geforderten 48 Mk. zugesprochen. Ob er dieselben aber erhält, ist eine andere Frage, denn Herr Staebler hat geäußert, er solle nur zum Gewerbegericht gehen und klagen, dann bekomme er so wenig, wie die Andern. Die Arbeiter des Herrn Staebler sollen auf der Hut sein, denn die Aeusserungen des Herrn beweisen, dass er sein Geschäft nicht ohne Nebenabsichten gegründet hat.

Budapest im Dezember 1903.

Dieses Jahr wird eines der denkwürdigsten sein in der Geschichte unserer Organisation. Trotzdem, dass der vor einigen Jahren erfochtene 9-Stundentag auch als eine nicht zu unterschätzende Errungenschaft zu betrachten ist, blieb uns noch das wichtigste Problem »der Ausbau unserer Organisation« übrig. Auch dieses wurde mit günstigen Erfolg gelöst, denn die Mitgliederzahl der Gewerkschaft stieg auf das Doppelte. Man konnte also schon die aktive Thätigkeit zur Ordnung unserer beruflichen Verhältnisse beginnen. Zuzufolge eines Beschlusses unserer vorjährigen General-Versammlung wurde eine Statistik der Budapester Lehr-, Lohn- und Organisations-Verhältnisse ausgearbeitet. Die Statistik lautet deshalb bloss von dem Druckorte Budapest allein, weil die Druckorte der Provinz mit einigen Handpressenbetriebe sehr unbedeutend sind, dessen ungeachtet, wird in nächster Zeit ein Ausweis der Druckorte der Provinz ausgearbeitet werden. Laut den statistischen Erhebungen sind in 40 Offizinen 119 Hand- und 85 Schnellpressen im Betrieb. Dabei sind beschäftigt: 91 Lithographen mit 58 Lehrlingen (organisiert 71, unorganisiert 20), Steindrucker 142 mit 64 Lehrlingen (129 organisiert, 13 unorganisiert). Insgesamt daher 233 Gehilfen und 112 Lehrlinge, das sind über 50% Lehrlinge zur Zahl der Gehilfen. Ferner sind 317 Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen beschäftigt, wovon 178 der Organisation angehörten. Die angegebene Gesamtzahl der Lohnarbeiter und -Arbeiterinnen betrug 550 und zwar 378 organisiert und 172 unorganisiert. Das wären also ungefähr 80% organisiert und 20% unorganisiert.

Die Lohnverhältnisse gestalten sich laut den statistischen Daten folgenderweise: Lithographen von Kr. 12—76 pro Woche, erzieht den Durchschnittslohn von Kr. 38,70, Steindrucker von Kr. 12—64, Durchschnittslohn Kr. 36,50, Schleifer und Walzenwascher v. Kr. 7—24, Durchschnittslohn Kr. 24, Aufleger v. Kr. 7—16, Durchschnittslohn Kr. 12,80, Einlegerinnen von Kr. 5—17, Durchschnittslohn Kr. 10,30, Auslegerinnen von Kr. 2—11, Durchschnittslohn Kr. 7,40.

Diese Zahlen begründen deutlich und klar die Notwendigkeit unserer Tarifbewegung, welche bisher mit den besten Erfolgen bereits beendigt ist. Diese verhängnisvollen Zahlen deckten die Sünden unserer Arbeitgeber auf und auch die Gleichgiltigkeit einiger unserer eigennützigen Kollegen, die für einige Gulden ihren Prinzipalen derartige Judas-Dienste auf Unkosten anderer erwiesen, indem diese Auchkollegen mit einer Truppe Lehrlingen bis in die späte Nacht arbeiteten. Damit glaubten sie sich eine sichere Kondition zu schaffen, sich jedoch trotzdem diesbezüglich in ihren Hoffnungen täuschten, da sie erfahren mussten, dass auch an der Spitze einer Truppe von Lehrlingen die Kondition nicht sicher ist, sondern mussten selbe doch verlassen. Dieses war der Fluch der bösen That, mit der Verachtung der redlichen Kollegenschaft gespickt.

Nun vergleiche man den Tarif, so müssen die darin enthaltenen Forderungen laut den statistischen Erhebungen als die bescheidensten betrachtet werden. Die Lehr- und Lohnverhältnisse sind die denkbar traurigsten. Die Wohnungs- und Lebensverhältnisse sind im Vergleich zu andern Städten des Kontinents sehr teuer. Mit einem Wochenlohn von Kr. 36 lebt man viel schlechter als mit 20 Mk. in irgend einer Grossestadt Deutschlands. (?) Diese Thatsache ist auch schon oft in diesem Blatte erörtert, obwohl

